

LINKE Uli Franke

Die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft ist ein grundlegendes, eigentlich sogar das grundlegende Ziel linker, sozialistischer Politik. Für eine Transformation der gesamten Wirtschaft ist

die Kommunalpolitik ein strategischer Hebel, weil Kommunen ja die Möglichkeit und oft auch die Tradition haben, im Bereich der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge eine große Wirtschaftskraft aufzubauen und demokratisch zu kontrollieren.

Daher bin ich ein starker Befürworter für den Erhalt und den Ausbau einer starken Stadtwirtschaft in Darmstadt, die allerdings nicht in privatwirtschaftlichem, sondern in öffentlich-rechtlichem Rahmen verfasst sein sollte. Angesichts des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften im Handwerk, des anstehenden enormen Umbaus der Verkehrs- und Energie-Infrastrukturen sowie der Notwendigkeit zur Konversion der alten Industrien halte ich es für sinnvoll, dass die öffentliche Hand auch in diesen Bereichen Unternehmen aufbaut, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

Bei der Kommunikation mit eurer Gruppe im Vorfeld der letzten Kommunalwahlen hatte zur Grundidee der GWÖ grundsätzlich angemerkt, dass man „in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht durch Umdefinition von Erfolgskriterien das Profitprinzip ausschalten kann, und auch nicht den Drang bzw. Zwang des Kapitals, immer weiter in alle Lebensbereiche zu expandieren. Das geht m.E.

nur, wenn die Produktionsmittel in öffentlicher Hand sind. Dann können andere Kriterien angelegt und wirtschaftliche Entscheidungen politisch getroffen werden. Daher sind die Kommunen in der Tat der beste Adressat für das Konzept der GWÖ. Um sie in der gesamten Gesellschaft zu implementieren bräuchte man jedoch eine sozialistische Transformation der Eigentumsverhältnisse.“

Innerhalb dieser Grenzen kann ich mir sehr gut vorstellen, dass städtische Unternehmen nach Gemeinwohl-Kriterien für einen internen Vergleich bewertet oder zertifiziert werden, dass Kommunen insgesamt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Prinzipien bei der Mittelvergabe belohnt werden, oder dass die Stadt Unternehmen der freien Wirtschaft mit einer guten Gemeinwohl-Bilanz bei der Vergabe bevorzugt. Ein Beispiel für die steuerliche Bevorzugung einer gemeinwohlorientierten Geschäftspolitik war der gemeinnützige Wohnungsbau, der leider 1989 abgeschafft wurde. Hier fordert meine Partei, aber auch der Mieterbund oder der DGB die modernisierte Reaktivierung dieses Instruments.

Die CSR-Berichte von städtischen Unternehmen verfolgen das Ziel, Gemeinwohlorientierungen sichtbar und dadurch diskutierbar zu machen. Ich nehme insbesondere den CSR-Bericht der Bauverein AG allerdings auch als schönfärberisch wahr.